
Ludwigshafener Rundschau vom 06.08.2021

Stapel an Formularen

Es ist ein bundesweites Thema, das aber Ärzte und Pflegedienste vor Ort trifft: zu viel Bürokratie bei der häuslichen Pflege. Die Gesundheitsorganisation Ludwigshafen (Golu) und der Bund Ambulanter Pflegedienste (Balu) schlagen Alarm.

„Es reicht uns jetzt!“, sagt Sabine Pfirrmann, Geschäftsführerin der Ökumenischen Sozialstation Ludwigshafen. Es geht um die Verordnung häuslicher Krankenpflege und damit verbunden viel Bürokratie, wie sie berichtet. Zunächst stelle der Arzt den Bedarf fest, also zum Beispiel, dass ein Patient zu Hause pflegerische Unterstützung bei der Medikamentengabe, der Blutzuckermessung oder Wundversorgung braucht. Dafür müsse der Arzt, beziehungsweise ein Praxismitarbeiter ein detailliertes, rosafarbenes Formular mit vielen Kreuzchen und Kästchen ausfüllen. Das sei nicht nur ein hoher Aufwand, wie Golu-Vorstandsmitglied und Mediziner Andreas Werling berichtet: „Wegen der Vielzahl von Angaben können auch Fehler auftreten.“ Als Nächstes suche sich der Patient einen Pflegedienst, der seinerseits die Verordnung ausfüllen muss. Wenn der dortige Mitarbeiter feststelle, dass etwas fehlt, müsse das mit dem Arzt geklärt werden. Dann gehe das Ganze zur Krankenkasse, die entscheide, ob sie die Kosten übernimmt. „Ein Irrsinn“, sagt Pfirrmann. Zumal sie und ihre Kollegen in der Pflege in vielen Fällen nicht auf die Entscheidung der Krankenkasse warten können und wollen. „Wir müssen doch die Patienten versorgen“, sagt sie. Das wiederum birgt ein finanzielles Risiko für den Pflegedienst, der auf den Kosten sitzen bleibt, sollte die Krankenkasse die Übernahme ablehnen. Dabei hätten Arzt und Pflege die Blutzuckermessung oder Wundversorgung ja für notwendig befunden. Alle Anwesenden beim Pressegespräch, zu dem Golu und Balu eingeladen haben, fordern: „Es muss eine Vereinfachung geben.“ Zudem könne schon ein kleiner Formfehler das gesamte Prozedere von vorne beginnen lassen. „Für jede Medikamentengabe bekommen wir drei Euro“, berichtet Sabine Pfirrmann. Das reiche aber nicht aus, wie sie am Beispiel eines Demenzkranken beschreibt, der viel Zeit und Ansprache braucht. Bei einem Verbandswechsel (knapp sieben Euro) werde bei vier Wunden in derselben Körperregion nur für eine gezahlt, obwohl jede individuell begutachtet werden muss. Neu ist das Thema nicht, aber der Druck wachse. Pflegedienste müssten Patienten ablehnen, weil sie voll ausgelastet seien, berichtet Tobias Ferber, Vorsitzender der Balu. Und das nicht nur durch die Pflege, sondern auch durch den bürokratischen Aufwand, der noch obendrauf kommt. „Das spitzt sich immer mehr zu.“ Dabei hätten Corona und damit verbundene Lockerungen der Richtlinie gezeigt, dass es auch anders geht. So wurde es vorübergehend vereinfacht, Folgeverordnungen auszustellen. Eine Erstverordnung gilt für 14 Tage. Danach muss eine neue her. Sabine Pfirrmann rechnet vor: Bei insgesamt 800 Patienten hätten ihre Kollegen es pro Quartal mit 600 Verordnungen zu tun. Pflegekräfte würden auf diese Weise demotiviert. Die Geschäftsführerin der Ökumenischen Sozialstation sagt: „Die Politik muss ran.“ Doch von der habe sie schon das Argument gehört, es gebe viel Kriminalität in der Pflege, weshalb es die Vorgaben brauche. „Das diffamiert einen ganzen Berufsstand“, zeigt sie sich empört. Man fühle sich nicht ernst genommen. Auch bei den Patienten gebe es viel Unverständnis. Etwa, warum sie wieder einen Schein für eine Salbe brauchen, die sie schon jahrelang bekommen.

© Die inhaltlichen Rechte bleiben dem Verlag vorbehalten. Nutzung der journalistischen Inhalte ist ausschließlich zu privaten, nichtkommerziellen Zwecken erlaubt.